

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Nr. 38.

Dresden, Dienstag den 16. Februar 1915.

26. Jahrg.

Starke Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise. — Französische Ministerreden. — Japan mobilisiert. — Deutscher Vorstoß über die ostpreussische Grenze.

Was seit einiger Zeit befürchtet werden mußte, ist eingetreten: Statt einer Sicherung der Kartoffelbörse durch Feststellung und Beschlagnahme ist eine Erhöhung der Höchstpreise um mehr als 50 Proz. eingetreten. In es wird amtlich gemeldet:

Berlin, 16. Februar. (W. T. B. Amtlich.) Der Bundesrat in seiner heutigen Sitzung die Höchstpreise für den Zentner Speisekartoffeln um 1 Mark 75 Pfennig erhöht. Bei dem Anstieg an Futtermitteln und den verhältnismäßig niedrigen Preisen der Speisekartoffeln bestand die Gefahr, daß der Vorrat Speisekartoffeln in großen Mengen als Viehfutter verwendet würde. Es kommt aber in erster Linie darauf an, daß in den nächsten Monaten Speisekartoffeln für die menschliche Ernährung vorhanden sind. In derselben Sitzung sind schon jetzt Höchstpreise für inländische Frühkartoffeln, die in der Zeit vom 1. Mai bis 15. August 1915 geerntet werden, auf 10 Mark festgesetzt. Damit soll für die Ernte und Keimen Landwirte besonders in der Nähe der Städte Anreiz geschaffen werden, möglichst viel Frühkartoffeln zu bauen, die in den Monaten Juni und Juli die Volksernährung zur Verfügung stehen. Die Landeszentralstellen sollen anordnen können, daß die landesrechtlich festgesetzten Preise der Viehbesitzer auf Vorkauf des eigenen Erzeugnisses für Dauer der gesetzlichen Einschränkung der Viehzucht auch Fremde zugekauft werden. Für eine Ueberbreitung der eigenen Vorkaufspreise sind hohe Gefängnis- oder Selbststrafen vorgeschrieben. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Seither begifferten sich die Höchstpreise auf 2,85 bis 3,10 Mark. Die neue Maßnahme bringt mithin eine ganz wesentliche Verteuerung. Es muß nun leider auch damit gerechnet werden, daß die Kartoffeln, die ohnehin schon einen außerordentlich hohen Preis hatten, auch im Detailhandel eine weitere Preissteigerung erfahren. In der amtlichen Meldung wird betont, daß die Maßregel erfolgt sei, um zu verhindern, daß die Kartoffeln als Viehfutter verwendet werden und zugleich zu erreichen, daß genügend Speisekartoffeln für die Bevölkerung vorhanden sind. Es ist gewiß eine der wichtigsten Aufgaben, eine genügende Menge Kartoffeln für die Volksernährung zu sichern. Das hätte man aber durch eine Beschränkung der Produktion erreichen können. Wäre man so verfahren, hätte man die Kartoffelbörse sicher in genügender Weise für die menschliche Ernährung noch erhalten können. Preissteigerung aber ist ein Experiment, das mit Sicherheit Erfolg kaum erwarten läßt und das andererseits in den nächsten Volkswirtschaften, die ohnehin unter der Last der Verteuerung stehen und nun auch noch höhere Kartoffelpreise zahlen sollen, verstanden werden wird.

Zudem muß aber damit gerechnet werden, daß hinsichtlich des angeführten Zweckes die Erhöhung der Höchstpreise Schlag ins Wasser ist, wenigstens solange die überhöhten Schweinepreise nicht auch durch Höchstpreise auf ein normales Maß reduziert werden. Die Bauern in nicht daran denken, die forcierte Schweinezucht aufzugeben, solange die jetzigen Preise bestehen. Daher hätte auf Erhaltung der Kartoffelbörse abzielende Maßnahmen der Schweinezucht oder richtiger bei den Schweinepreisen zu ergreifen. Würde man diese durch gesetzliche Vorkehrungen herabgedrückt haben, wäre die Verteuerung etwas gemindert und zugleich für die Bauern der Anreiz zur Massenerzeugung der Kartoffeln an die über das Normal hinaus gehenden Schweinebestände weggefallen. Dann erst würde eine größere Bereitstellung von Kartoffeln zur menschlichen Nahrung eingeleitet sein.

Von welchem Gesichtspunkte aus man die Steigerung der Preise auch betrachten mag, die Maßnahme bleibt unverändert und im Interesse der ärmeren Bevölkerung bedauerlich. In der nun zu den unerwünschten Fleischpreisen, den Verteuerungen bei der Brotbeschaffung und der sonstigen Verteuerung auch noch mit einem weiteren Anzeichen der Verteuerung zu rechnen hat. Schon seither wurden 6 bis 7 Mark für das Pfund gefordert, das ist schon beinahe das Doppelte des normalen Preises. Eine weitere Steigerung würde sich bei der Volksernährung um so nachteiliger bemerkbar machen, weil viele Familien mit der Knapp bemessenen Unterstützung oder mit verkürztem Verdienst auskommen und keine Aussicht besteht, den gestiegenen Lebenspreisen entsprechend das Einkommen zu steigern. Und zudem kann nicht einmal gehofft werden, daß die Kartoffelbörse besichtigt wird.

Es mag sein, daß der Bundesrat zu der Preissteigerung gekommen ist, weil er sie als die einfachste Maßnahme ange-

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, 16. Februar. (Eingegangen 4,20 Uhr.)

Westlicher Kriegsschauplatz:
Feindliche Angriffe gegen die von uns bei St. Oloi genommenen englischen Schützengräben wurden abgewiesen. Sonst ist nichts Besonderes zu melden.

Westlicher Kriegsschauplatz:
Die Verfolgungskämpfe an und jenseits der ostpreussischen Grenze nehmen weiter sehr günstigen Verlauf.

In Polen nördlich der Weichsel besetzten wir nach kurzem Kampfe Vielst und Ploz. Etwa 1000 Gefangene fielen in unsere Hand.

In Polen südlich der Weichsel hat sich nichts Wesentliches ereignet.

In der ausländischen Presse haben die abenteuerrichten Gerüchte über unermeßliche Verluste der Deutschen in den Kämpfen östlich von Simow (Anfang Februar) Aufnahme gefunden. Es wird festgestellt, daß die deutschen Verluste bei diesen Angriffen im Verhältnis zum erreichten Erfolg gering waren.

Oberste Seeresleitung.

sehen hat und ihm die Beschlagnahme der Kartoffeln in der jetzigen Zeit, wo die Brotversorgung viele Kräfte in Anspruch nimmt, als schwer durchführbar erschienen ist. Solche Verfügungen können aber kaum als zutreffend erachtet werden. Denn die Kartoffelbeschlagnahme ist mit Hilfe der behördlichen Organe viel leichter durchführbar als eine Brotverteilung nach dem Bedarf. Doch wie dem auch sei, der Bundesrat hätte vor allem nicht übersehen sollen, daß Maßnahmen, die der breiten Masse der Konsumenten Nachteile, den Produzenten, in diesem Falle den Landwirten, wesentliche Vorteile bringen, geeignet sind, Mißstimmung in weiten Kreisen herbeizuführen. Wir sind überzeugt, daß die Bevölkerung gern Entbehrungen ertragen wird, wenn zu erkennen ist, daß sie nötig sind im Interesse der Vaterlandsverteidigung. Dagegen muß befürchtet werden, daß verfehlte Maßnahmen, insbesondere solche, die den Anschein erwecken, als brächten sie einem gewissen Kreise von Leuten Vorteile zum Schaden anderer, geeignet sind, bittere Gefühle auszulösen. Das aber wäre doch im höchsten Maße zu bedauern. Wir müssen daher dringend vor dem durch die Kartoffelpreiserhöhung beschrittenen Wege warnen und fordern, daß Maßnahmen eingeleitet werden, die den Zweck erreichen, die Nahrungsmittelvorräte sicher zu stellen und die zugleich vom sozialen Geiste erfüllt sind.

Französische Ministerreden.

Am Sonntag den 7. Februar tagte in Paris eine gemeinsame Konferenz der sozialistischen Parteileitung, der Kammergruppe und der Sekretäre der Provinzorganisationen der Partei. Es war die erste allgemeine Parteiberatung seit Ausbruch des Krieges und darauf zurückzuführen, daß einzelne Provinzorganisationen die Einberufung des Nationalrates verlangten hatten.

Von einem ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Parlamentsfraktion, den der Sekretär der Fraktion erstattete, sagt die Humanität, daß er als „reserviert“ zu betrachten ist, weil er auf wichtige Fragen der Landesverteidigung und der diplomatischen Bezug nimmt. Im übrigen wird der Inhalt dieses Berichts nicht einmal angedeutet. Die Delegierten aus der Provinz berichteten über die in den einzelnen Orten getroffenen Maßnahmen zur Verlegung des Parteilebens, zur Abstellung der vielen Beschwerden wegen ungenügender Unterstützung, zur Reorganisation des Wirtschaftslebens usw. Alle Redner wandten sich scharf gegen die von reaktionärer und merkantilistischer Seite ausgehenden Minderheiten zur Untergrabung der republikanischen Staatsform. Es scheint also in der Tat, daß die Bestrebungen der Antirepublikaner sich während des Krieges in ganz besonders gefährlicher Weise bemerkbar gemacht haben.

In der Diskussion über die allgemeine Lage wiesen einige Redner auf das durch den Krieg hervorgerufene Elend hin, während andere betonten, daß man nicht eher vom Frieden reden könne, bis das französische und belgische Gebiet vom Gegner geräumt und die „unheilbar geschlagen“ sei. Mehrere Delegierte wiesen darauf hin, daß es unbedingt erforderlich sei, das Vertrauen des Landes hochzuhalten. Mit der Teilnahme von Guesde und Sembat an der Regierung war man allgemein einverstanden.

Dann nahm Guesde das Wort, der im Hinblick auf die für den 15. Februar nach London einberufene Konferenz der Sozialisten der Triple-Entente — wir zitieren nach der Berner Tagwacht — folgendes ausführte:

„Wir haben am nächsten Sonntag eine Konferenz in London. Was werden wir dort machen? Es handelt sich zunächst um die Erklärung, daß von Frieden keine Rede sein kann, solange der deutsche Imperialismus nicht vernichtet ist. Die Pflicht, die sich für die Sozialisten und für alle, die die Menschheit fünfzig vor blutigen Ueberfällen bewahren wollen, ergibt, ist die Fortführung des Kampfes bis zum Ende, alle Einflüsterungen abweisend, die auf ein Nachgeben abzielen. Andererseits ist notwendig zu sagen, daß dieser Krieg aufgegeben wurde, daß wir ihn nicht suchen, wie gesucht haben und daß wir ihn nicht gegen das deutsche Volk führen. Wir sind bereit, dem deutschen Volk die Hand zu reichen, sobald es gebrochen und die Gemeinschaft aufgegeben hat mit seinem Kaiser und mit dem deutschen Imperialismus, dessen Opfer das deutsche Volk nicht minder ist als das französische. Endlich haben wir zu erklären, daß nach Erlangung des Sieges auf ein freies Europa hingearbeitet werden muß, mit dem Ziele, keine andern Regierungen bestehen zu lassen als die der Klassen, über die eines Tages der Sozialismus triumphiert wird.“

In ähnlichem Sinne sprach Minister Sembat. Er sagte u. a.:

„Vor allem ist festzustellen, daß die Rolle der deutschen und der französischen Sozialdemokratie nicht die gleiche ist. Die deutschen Sozialdemokraten haben nicht einmal gegen die Verletzung der belgischen Neutralität protestiert. Diese Verletzung war ein trübseliges Attentat gegen das Recht. Man tritt nicht in Verbindung mit Leuten, die das leugnen. Was die Neutralen betrifft, so können wir, weil wir das verletzte Recht verteidigen, ihre Intervention verlangen. Durch eine solche Intervention würde zwar der Krieg an Ausdehnung gewinnen, aber wesentlich abgekürzt werden... Gewiß werden wir in London vom zukünftigen Frieden sprechen, aber nicht, um jetzt schon eine Friedenspropaganda durchzuführen, denn das wäre nichts anderes als ein schändliches Wankern. Wir wollen den Frieden, aber dieser Friede muß dauerhaft sein und wir können ihn nur bekommen, wenn wir nicht zu früh vom Frieden sprechen. In London werden wir erklären, daß wir keine Eroberungen und keine Annexionen wollen. Es ist unser Recht, es ist die Freiheit Europas, die wir verteidigen, und die Unabhängigkeit der Nationen. Wir werden beifügen, daß wir auf eine Beteiligung oder zum mindesten auf eine Einschränkung der Rüstungen hinarbeiten...“

Wir können dem englischen Volke insbesondere nicht genug danken, das nach der deutschen Invasion in Belgien entschlossen ist, bis zum Ende durchzuhalten. Durch Englands Hilfe werden die Waffen der Alliierten wesentlich verstärkt. So können wir von dem Sieg der Defensiven zum Sieg der Offensiven übergehen, und wir werden unser Land von den feindlichen Truppen säubern. Rußland steht heute unter einem großen Druck, aber es wird standhalten. Wir können ruhig sagen, ohne die Hilfe Rußlands wären wir unterlegen. Daran ist immer wieder zu erinnern, wenn auf gewisse Konsequenzen des inneren Regimes in Rußland hingewiesen wird. Vergessen wir nicht, daß die Alliierten für das Recht kämpfen. Ich glaube darum, daß, wenn wir nach London gehen, die Erfüllung einer schönen Aufgabe möglich ist. Wir wollen keinen Frieden, der ein Kriegsmännchen unserer Feinde ist. Nach dem Kriege: Einschränkung der Rüstungen, Inspektion und Kontrolle über die Fabrikation von Kanonen und Munition, obligatorisches Schiedsgericht...“

Diese Anschauungen der Minister wurden, wie der Bericht weiter meldet, von der Konferenz durchaus gebilligt. Danach ist ohne weiteres klar, daß auch die Zusammenkunft in London ganz und gar nicht im Sinne derer verlaufen sein dürfte, die eine baldige Erörterung von Friedensmöglichkeiten anstreben. Die französischen Sozialisten wollen vorläufig nichts vom Frieden hören.

Wir haben immerfort den französischen Sozialisten zugute gehalten, daß der Schmerz über die feindliche Besetzung eines großen Teiles ihres Landes sie aufs tiefste bewegt und daß sie alles für die Verteidigung ihres Landes daran aufzusetzen gewillt sind. Leider aber zeigen die oben wiedergegebenen Reden der sozialistischen Minister, daß die französischen Sozialisten ungeheuer weit über die durch berechtigte Vaterlandsliebe gezogenen Grenzen hinausgehen und daß sie sich einer Kriegswut ergeben haben, von der wir deutschen Sozialdemokraten und von Anfang an bis zum heutigen Tage fernhielten.